

## Kampfbegriff „Islamophobie“

Nachdem der Mörder Mohammed B. den niederländischen Filmemacher Theo van Gogh auf grausame Weise getötet hatte, heftete er mit einem Messer an den Körper des Ermordeten einen „offenen Brief“ „an die ungläubige Fundamentalistin Ayaan Hirsi Ali“. Darin wird der aus Somalia stammenden niederländischen Parlamentsabgeordneten vorgeworfen, die „Moslems und den Islam mit Ihren Worten terrorisiert“ zu haben. Im Stile einer Fatwa, eines islamischen Rechtsgutachtens, bezichtigt der Mörder van Goghs Hirsi Ali der „Islamfeindschaft“ und des „Abfalls vom Glauben“:

*„Sie sind nicht die erste und werden nicht die letzte sein, die sich einreihet in den Kreuzzug gegen den Islam. Mit Ihrem Abfall vom Glauben haben Sie nicht nur der Wahrheit den Rücken gekehrt, sondern marschieren an der Seite der Soldaten des Bösen. Sie machen keinen Hehl aus Ihrer Feindschaft zum Islam.“*

Im Gegensatz zur Hinrichtung van Goghs, die anscheinend keiner gesonderten Begründung bedurfte, da es sich bei dem zum Tode Verurteilten um einen Ungläubigen handelte, erläutert der Mörder das Todesurteil gegen Hirsi Ali, und schreibt, „dieser Brief ist ein Versuch, Ihre Bosheit ein für allemal zum Schweigen zu bringen“. Hierin zeigt sich, dass der Vorwurf der Islamfeindschaft sich zunächst und in erster Linie gegen diejenigen richtet, die sich als Moslems oder ehemalige Moslems oder in islamischen Ländern Lebende dem totalen Herrschaftsanspruch des Islams verweigern. So waren „Islamophobie“ oder „Antiislamismus“ zunächst rein islamistische Kampfbegriffe. Der Vorwurf der „Islamophobie“ wurde nach der iranischen Revolution 1979 von den dortigen Mullahs gegen Frauen erhoben, die sich der Zwangsverschleierung widersetzen und daraufhin mit dieser Begründung verfolgt wurden. „Islamophobie“ wird in dieser Logik als „Missbrauch der Rechte Gottes“ definiert und umfasst alle „Verstöße“ gegen die „islamische Moral“, wie Homosexualität, Ehebruch, Blasphemie, etc.<sup>1</sup>

Im Februar 1989 erließ Ajatollah Khomeini eine Todes-Fatwa gegen den Schriftsteller Salman Rushdie, da dessen Werk „Die Satanischen Verse“ islamfeindlich sei und der

---

<sup>1</sup> Zur Geschichte des Begriffes „Islamophobie“ vgl. Caroline Fourest, Fiammetta Venner: Islamophobie?, [www.prochoix.org/frameset/26/26.html](http://www.prochoix.org/frameset/26/26.html).

Autor sich der Apostasie, des Glaubensabfalls, schuldig gemacht habe.<sup>2</sup> Ein solcher Aufruf an alle gläubigen Muslime zur Ermordung eines Menschen setzt auf willige Exekutoren eines Urteils, das nicht allgemeiner Rechtsprechung folgt, sondern Ausdruck unmittelbarer Gewalt ist. Dem Mordaufruf folgten Attentate gegen Übersetzer und Verleger des Buches in Italien, Japan und Norwegen. Gegen die Kritiker der Fatwa richteten in dieser Zeit islamistische Organisationen in Großbritannien den Vorwurf der „Islamophobie“.

Die Angriffe gegen Rushdie nahmen ihren Ausgang jedoch nicht vom Iran. Das Buch wurde bereits wenige Wochen nach seinem Erscheinen zunächst in Indien und Südafrika verboten, worauf dann islamische Staaten folgten. Anfang 1989 fand die erste Verbrennung des Buches in Großbritannien statt; gewalttätige Demonstrationen britischer Moslems folgten, während Labour-Abgeordnete im Parlament die Erweiterung eines Gesetzes gegen Blasphemie forderten, um die rechtliche Grundlage eines Verbotes zu schaffen. Nach dem Erlass der Fatwa im Februar 1989 schränkten zwar die europäischen Länder ihre diplomatischen Beziehungen zum Iran für einige Zeit ein, doch Verlage und Buchhandlungen schlossen sich der Zensur an. In den folgenden Jahren wurden weitere Fatwas gegen kritische Intellektuelle und Künstler erlassen, stießen allerdings in Europa auf keine größere Aufmerksamkeit. Mit dem Tode bedroht sind heute die Schriftstellerin Taslima Nasreen aus Bangladesch, der Filmmacher Pervez Sharma aus Indien, die nigerianische Journalistin Isioma Daniel, der holländische Künstler Rachid Ben Ali und viele andere, deren Namen noch nicht mal in die westlichen Medien gelangen. In diesen Tagen wird in Großbritannien über ein von der Labour-Regierung vorgelegtes Gesetz entschieden, mit dem angeblich „islamophobe“ Aussagen nun mit Gefängnis bestraft werden sollen. Den ersten Angeklagten haben sich die Feinde der Aufklärung schon ausgesucht: Salman Rushdie.

In der Auseinandersetzung um die Todes-Fatwa gegen Rushdie zeigte sich bereits

---

<sup>2</sup> *“In the name of God Almighty. There is only one God, to whom we shall all return. I would like to inform all intrepid Muslims in the world that the author of the book entitled The Satanic Verses, which has been compiled, printed, and published in opposition to Islam, the Prophet, and the Qur’an, as well as those publishers who were aware of its contents, have been sentenced to death. I call on all zealous Muslims to execute them quickly, wherever they find them, so that no one will dare insult the Islamic sanctions. Whoever is killed on this path will be regarded as a martyr, God willing. In addition, anyone who has access to the author of the book, but does not possess the power to execute him, should refer him to the people so that he may be punished for his actions. May God’s blessing be on you all. Ruhollah Musavi Khomeini.”* (<http://en.wikipedia.org/wiki/Fatwa>)

jenen Zusammenwirken von Islamisten und Linken, wie es sich nach der Ermordung von Theo van Gogh wiederholte. Das Opfer sei selber schuld, so hieß es schon damals, da es doch bewusst die religiösen Gefühle der Moslems provoziert habe, die sich aufgrund ihrer gesellschaftlichen Diskriminierung kaum anders als durch Gewalt wehren könnten. So lehnten dann auch die Fernsehanstalten und Kinobetreiber die Ausstrahlung des Films „Submission“ ab, und leisteten damit dem Anliegen des politischen Islam Folge, sich außerhalb von Kritik und Aufklärung zu stellen. Doch während zumindest 1989 noch einige Schriftsteller für die Freiheit der Kunst eintraten und zum Beispiel in Deutschland die Publikation des Buches nach öffentlichem Druck schließlich erzwungen wurde, verweigern die Kollegen van Goghs ihm fünfzehn Jahre später die Solidarität. Denn mittlerweile ist das „Recht der Moslems“, sich gegen die „Islamfeindschaft“ zu Wehr zu setzen, weitgehend akzeptiert. Mag man mit den Mitteln nicht immer ganz einverstanden sein, mit denen manche Moslems sich verteidigen zu müssen glauben, Verständnis für ihre verletzten Gefühle zeigt man allemal. Fünfzehn Jahre nach der Fatwa gegen Rushdie hat Europa verstanden, dass zur Bekämpfung der „Islamophobie“ notfalls auch die Todesstrafe gehört. Zu deren Verhängung bedarf es nicht unbedingt eines Ayatollahs, das Urteil spricht und vollstreckt der einzelne Dschihadist auch selbst.

Wer es wagt, den Islam zu kritisieren, muss mit der „gerechten“ Strafe rechnen. Diese Todesdrohung, die hinter der Rede von der „Islamfeindschaft“ steckt, zu erkennen, erfordert, die Geschichte des Kampfbegriffs Islamophobie und seine Verwendung bis heute nachzuzeichnen. Nur so lässt sich auch die Begeisterung der Linken, europäischer Medien und Politiker für dieses Denken verstehen.

## **1. Theoretiker der Regression**

Der Vorwurf der Islamophobie ist der propagandistische Ausdruck ambitionierter Theorien zum vermeintlichen antiarabischen und antiislamischen Rassismus. Es war vor allem Edward Said mit seinem 1978 veröffentlichten Buch *Orientalismus*, der eine Ideologiebildung anstieß, zu der Poststrukturalisten genauso beitrugen wie Antiimperialisten, Antirassisten, Antinationale und panarabische oder islamistische Theoretiker. Für Said ist „Orientalismus“ die kolonialistische und imperialistische Wahrnehmung und Praxis, mit der der Westen die arabisch-islamische Welt bis heute erniedrige und ausbeute. Erst mit dem „Feindbild Orient“ sei es gelungen, den Westen

als vermeintlich überlegene Kultur und Zivilisation zu begründen.

Said greift dabei die von Michel Foucault 1961 im Vorwort von *Wahnsinn und Gesellschaft* angedeutete These von der Konstituierung des „Abendlandes“ in Abgrenzung zum Orient auf. Foucault hatte geschrieben:

*„In der Universalität der abendländischen Ratio gibt es den Trennungsstrich, den der Orient darstellt: der Orient, den man sich als Ursprung denkt, als schwindeligen Punkt, an dem das Heimweh und die Versprechen auf Rückkehr entstehen, der Orient, der der kolonisatorischen Vernunft des Abendlandes angeboten wird, der jedoch unendlich unzugänglich bleibt, denn er bleibt stets die Grenze. Er bleibt Nacht des Beginns, worin das Abendland sich gebildet hat. Der Orient ist für das Abendland all das, was es selbst nicht ist, obwohl es im Orient das suchen muss, was seine ursprüngliche Wahrheit darstellt.“*

Absichtsvoll wird hier das Odysseus-Kapitel der *Dialektik der Aufklärung* paraphrasiert, um sein Gegenteil, nämlich Abschaffung statt Vollendung der Aufklärung zu propagieren. Scheinbar beschreibt Foucault die stets prekär gebliebene Konstitution des Subjekts und die Projektionen, die aus der realen Drohung, auf die Kreatürlichkeit zurückgeworfen zu werden, resultieren. Für Foucault jedoch, dem es widerstrebt, die Befreiung aus den Nöten solcher bloßen Kreatürlichkeit als universalistisches Programm anzuerkennen, ist die drohende Regression – jenes infantile, todessehnsüchtige „Versprechen auf Rückkehr“ – nicht Bedrohung sondern Verheißung.<sup>3</sup> Durchaus folgerichtig steht er Ende der 70er Jahre an der Seite der islamischen Revolution im Iran, deren kollektiver Terror ihm deshalb als authentisches Aufbegehren gegen die koloniale „Macht“ erscheint, weil er darin den Triumph des „absoluten gemeinschaftlichen Willens“ verkörpert sieht, den auszuleben „[...] in der Geschichte nur wenige Völker die Gelegenheit“ gehabt hätten.<sup>4</sup> Weder Foucault noch Said erzürnt also, dass Menschen von einer universell verstandenen Zivilisation ausgeschlossen sind, im Gegenteil: Aufklärung und Zivilisation gelten als partikulare „westliche Kultur“, die sich imperialistisch über die anderen „Kulturen“, vor allem den arabischen Orient oder den

<sup>3</sup> vgl. Justus Wertmüller: Die Lustfolgerer von Abu-Auschwitz. Antikoloniale Männerphantasien bei Pasolini, Theweleit und Foucault, in: *Bahamas* 45/2004.

<sup>4</sup> Michel Foucault: *Schriften* Band 3. Frankfurt/Main 2003, S. 933. Zu Foucaults Flirt mit dem Islam vgl. Tjark Kunstreich: Lust an der Unfreiheit, in: *Konkret* 08/2004.

Islam, erhebe.<sup>5</sup> Genau hierin liegt der fundamentale Unterschied von Gesellschaftskritik um der Zivilisation willen und - gerade auch linker - Zivilisationsfeindschaft: Wendet sich die Kritik gegen jede Form des Ausschlusses von Menschen von den Bedingungen und Möglichkeiten der Subjektwerdung und ist schon allein deshalb zur Parteinahme für das Engagement der USA beispielsweise im Irak verpflichtet, ist den Zivilisationsfeinden die Herausforderung der Subjektivität Ergebnis widernatürlicher, politisch gesprochen imperialistischer oder zionistischer Usurpation.

Der gemeinsame Wille zur Regression macht dann auch einen Islamkundigen wie Tarik Ramadan zum begehrten Dialogpartner für hiesige Multikulturalisten. Denn auch Ramadan hasst die „Dekadenz“:

*„Die westliche Lebensweise stützt sich auf und erhält sich durch die Verführung zur Aufstachelung der natürlichsten und primitivsten Instinkte des Menschen: sozialer Erfolg, Wille zur Macht, Drang zur Freiheit, Liebe zum Besitz, sexuelles Bedürfnis usw.“*

Als religiös-fanaticher Gegner des Zweifels, der Voraussetzung von kritischem Denken überhaupt, verdammt er die Verführung, die er dem Westen attestiert:

*„Der Zweifel ist ein steter Begleiter, der bald die Vorsicht, bald die Untätigkeit rechtfertigt. Die moderne westliche Welt ist eine Welt ohne Gott; so lässt sie dem einzelnen die Wahl, seinen Weg zu finden, nicht selten zum Preis schmerzhafter innerer Brüche - wenn sie denn nicht zur Gleichgültigkeit bornierter und manchmal sinnentleerter Vergnügungen treibt.“*

Zivilisationsfeindschaft und Antiamerikanismus einte schon die divergierenden Fraktionen der deutschen Linken, die in der iranischen Revolution einen willkommenen Bündnispartner sahen. Josef Fischer schrieb 1978 im Spontiblatt „Pflasterstrand“ von der „Glaubenskraft“ der Mullahs, von einem Umsturz für seine „linke Revolutionstheorie“, wenn „ich miterlebe, wie eine der scheinbar mächtigsten und sichersten, weil brutalsten und reichsten Diktaturen von Amerikas Gnaden binnen eines Jahres durch eine

---

<sup>5</sup> Vgl. zu Said Gerhard Scheit: Frieden mit Deutschland – Krieg mit Israel. Edward W. Said und die antiimperialistische Formulierung der Auschwitz-Leugnung, in: Bahamas 35/2001.

revolutionäre Massenbewegung ohne Waffen bis ins Mark erschüttert wird. Weiter noch, dass diese Bewegung revolutionäre Ziele verfolgt, ihre Ideologie nicht in einem nationalrevolutionären Marxismus, sondern im Islam findet und deren Kader und Führer sich aus der Priesterschaft rekrutieren.“ Fischer betonte die „elementare Bedeutung“ der Religion und des Heiligen auch für „unser Leben.“ Maoistische K-Gruppen, deren Kader später in den Grünen aufgingen, suchten das Bündnis mit dem mörderischen Islam ebenso wie undogmatische Linke, deren Antimarxismus sich mit antiaufklärerischem Ressentiment gegen die Zivilisation und völkischen Phantasien verband. In den *Blättern des iz32w* hieß es Mitte der 80er Jahre, dass „gerade die islamische Religion in letzter Zeit bei den unterdrückten Völkern neuen Aufschwung gefunden und den Anstoß für revolutionäre Bewegungen gegeben“ hat.

Über 1/4tel Jahrhundert später, die Spontis von damals sind zwischenzeitlich in Amt und Würden, ist die Begeisterung für den Islam fester Bestandteil deutscher Regierungspolitik: Im Jahr 2004 veröffentlichte das Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart, mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes, im Rahmen eines Sonderprogramms „Europäisch-Islamischer Kulturdialog“ die Publikation „Der Westen und die islamische Welt – Eine muslimische Position“. Der „Dialog der Kulturen“ erweist sich hier als plumpstes Ressentiment gegen Israel und die USA und als offene Apologie des Islamismus, welcher, wie es heißt, „immer mehr legitime Unterstützung“ in den arabischen Ländern bekäme. Ausdrücklich wird beklagt, dass der Islamismus ignoriert, gar unterdrückt werde. Im Zentrum des Ganzen geht es um die sogenannte "Palästinafrage". Die Gründung des Staates Israel sei "illegal", eine "Ungerechtigkeit", die die "westlichen Mächte" begangen hätten. Die „koloniale Vergangenheit des Westens“ erst habe Israel geschaffen. Israel betreibe "rassistische Politik" und "Terrorismus"; die "systematische Entwurzelung der palästinensischen Bevölkerung". Die Autoren beklagen, dass Israel "jedem Juden überall auf der Welt das Recht auf Rückkehr nach Israel einräumt." Zugleich fordern sie das Rückkehrrecht der Palästinenser – mithin nichts anderes als die Zerstörung des jüdischen Staates. Dieses Machwerk lag in der redaktionellen Verantwortung von Dr. Jochen Hippler, Mitarbeiter am Institut für Entwicklung und Frieden der Uni Duisburg-Essen, ehemals Leiter des Projekts „Dialog der Kulturen“ am Deutschen Orient-Institut (HH). Bezeichnenderweise veröffentlicht Hippler unter anderem beim Freitag und ist auch beim Konkret Literatur-Verlag mit drei Publikationen vertreten.

Nicht nur die äußere Einmischung in nahöstliche Gesellschaften oder in Angelegenheiten des Islams verbietet sich für Linke und Islamisten, sondern auch jede den Kriterien von Aufklärung und Zivilisation verpflichtete Kritik wird als "orientalisierender" und "eurozentrischer" Blick gebrandmarkt und als rassistische Zumutung abgewehrt. Zugleich werden Elend, Gewalt und Rückständigkeit des "Orients", soweit nicht einfach geleugnet, allein auf die kulturelle, politische und ökonomische Erniedrigung und Ausbeutung durch den Westen zurückgeführt. Dass solcher Opferwahn, der die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens als die Geschichte der immer gleichen Islamophobie enttarnt<sup>6</sup>, am Ende als Hauptschuldigen nur das volksfremde Implantat in der arabischen Welt, Israel, und seine amerikanischen Freunde ausmachen würde, daran hat bereits der Überzeugungspalästinenser Said nie einen Zweifel gelassen.

## 2. (Nicht nur) deutsche Zumutungen: Antiislamismus gleich Antisemitismus

Ohne die antizionistische Feinderklärung kommt das Konzept Islamophobie nicht aus. Es birgt ein zentrales Motiv des Antisemitismus nach Auschwitz: Die Behauptung nämlich, die Juden seien die Täter von heute. Bereits vor dem 11. September mahnte die von der *Bundeszentrale für politische Bildung* herausgegebene Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* im Kontext der 2000/2001 geführten Debatte um eine so genannte Leitkultur:

*„Die Anheizung der Ängste vor dem Islam erinnert in manchem an den Antisemitismus. Da Antisemitismus nach Auschwitz in Deutschland in den Untergrund der Gesellschaft verdrängt wurde, bietet sich nunmehr der Antiislamismus an als Ersatz für das in allen Gesellschaften angelegte Potential der Ablehnung von Minderheiten.“<sup>7</sup>*

<sup>6</sup> Je nach Gutdünken der einzelnen Ideologen hat die gegenwärtige „Islamophobie“ ihre Wurzeln in der Schlacht zwischen Sarazenen und Karolingern im 8. Jahrhundert oder - wie bei Bin Laden – in den Kreuzzügen oder gar, so die Soziologin Stefanie Gräfe in der Zeitschrift *ak*, „in vorislamischer Zeit.“ Stefanie Gräfe: Blinde Gefolgschaften. Aufgeklärter Westen, feindlicher Islam - und wie das eine das andere bedingt, in: *ak - analyse + kritik* vom 25.10.2001. Auch UNO-Generalsekretär Kofi Annan sieht die „Islamophobie“ der Kreuzzugszeit bis heute am Werke, vgl. [www.un.org/News/Press/2004/sgsm9112.doc.htm](http://www.un.org/News/Press/2004/sgsm9112.doc.htm).

<sup>7</sup> Dieter Oberndörfer: Leitkultur und Berliner Republik. Die Hausordnung der multikulturellen Gesellschaft Deutschlands ist das Grundgesetz, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* ( B 1-2/2001).

Unverkennbar ist hier das Bemühen, der nun wieder "selbstbewussten Nation" Normalität zu attestieren und den deutschen Antisemitismus unter ferner liefen einzuordnen. Er gilt als veraltete Spielart jenes „Potentials der Ablehnung von Minderheiten“, dessen gegenwärtiger Ausdruck nun der „Antiislamismus“ sei. In den 1990er Jahren lautete die gängige Redewendung, die Türken seien die Juden von heute. Spätestens in diesem Zusammenhang tauchte die Wortschöpfung „Antiislamismus“ auf, die weniger verschämt als der Begriff „Islamophobie“ das Bestreben nach Nivellierung des Antisemitismus offen legt. Seit dem 11.09.2001 geht es nicht mehr nur um den Versuch, den Antisemitismus zum Rassismus, sondern umgekehrt „Antiislamismus“ und „Islamophobie“ zur Vernichtungsideologie umzulügen. Während die Vernichtungsabsicht und -praxis der Islamisten als Hirngespinnst, Hysterie oder Ausgrenzungsdiskurs verharmlost und geleugnet wird, soll die halluzinierte Islamfeindschaft eine regelrechte Vernichtungsideologie darstellen und in der israelischen Politik ihren deutlichsten Ausdruck finden.<sup>8</sup>

Auch Heribert Schiedel griff bei seinem in der Zeitschrift *Context XXI* veröffentlichten Versuch, Kritikern des Islams wie der Redaktion *Bahamas* „Rassismus“ vorzuwerfen, auf die Behauptung einer Ähnlichkeit von Antisemitismus und „Islamophobie“ zurück. So beschreibt er den Antisemitismus als „Konstruktion der Juden als die prototypischen Anderen oder Fremden“, die „strukturell“ dem Rassismus verwandt sei. Auch wenn Schiedel vor der Gleichsetzung selbst zurückschreckt, ist seine Argumentation doch beispielhaft für eine linke Adaption des Konzepts „Islamophobie“. Ihr Modell lieferte der französische Theoretiker Etienne Balibar, dessen mit Immanuel Wallerstein verfasstes Buch *Rasse, Klasse, Nation* zu Beginn der 90er zur Bibel der Antirassisten und Antinationalen wurde. Balibar schrieb im Juni 2002 in der *Frankfurter Rundschau*:

„Man weiß, dass die Juden unablässig als die Anstifter eines weltweiten

---

<sup>8</sup> Erinnert sei hier beispielhaft an den Umgang des European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) mit einer von ihm selbst in Auftrag gegebenen Studie zum Antisemitismus. Diese Studie, die maßgeblich vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung erstellt worden war, und die, wenn auch zaghaft, die wachsende antisemitische Gewaltbereitschaft in islamischen Gemeinschaften innerhalb der EU benennt, wurde von den erschrockenen Auftraggebern zunächst einfach zurückgehalten. Als die Studie auf internationalen Druck hin, vor allem von jüdischen Verbänden und aus den USA, schließlich doch der Öffentlichkeit zugänglich machen musste, ließ das EUMC ihr wenig später einen eigenen „entschärften“ Bericht folgen, in dem die Täter und ihre Motivation kaum mehr vorkamen. Dafür aber wurden alle, die einen kritischen Blick auf die Verfasstheit der migrantischen Communities werfen ermahnt, den „antiarabischen Rassismus“ nicht zu vernachlässigen.

*Unternehmens der Subversion durch das Verbrechen und die Macht des Geldes dargestellt worden sind [...]. Diese Darstellung ist nicht verschwunden, aber sie hat sich durch eine symmetrische Darstellung verdoppelt, die den Islam und die Araber betrifft, die unter der Regie einer okkulten Macht im planetarischen Maßstab die Öl-Reichtümer, die fundamentalistische Missionierung und den Terrorismus (Dschihad) manipulierten und deren Ziel über die Juden hinaus das Herz der freien Welt sei. In beiden Fällen gibt es Tatsachen: Der Einfluss der zionistischen Lobby in den USA, die Unternehmungen der Al Qaida oder dessen, was man sich unter diesem Namen vorstellt [...].”<sup>9</sup>*

Für Balibar ist also wahr geworden, was der schnoddrige Antisemit schon immer gesagt hat: Dass „Antisemitismus“ doch alle Semiten meine, und nicht nur die Juden. Was dem Antisemiten die „jüdische Lobby“ und die „jüdischen Weltherrschaftspläne“ sind, sollen dem „Antiislamisten“ die Al-Qaida und die Bedrohung durch den Dschihad sein. Eine Argumentation, die auch Mark Terkessides in der *taz* aufgriff: Für ihn ist ein „grassierender islamischer Antisemitismus in Europa“ nicht belegbar und die Rede von No-go-Areas für Juden schlicht aus der Luft gegriffen. Es scheint ihm dagegen „atemberaubend eindeutig“, dass antisemitische Stereotype „auf ‚die Muslime‘ übertragen“ würden.<sup>10</sup> Seine Balibar entlehnte These eines „verallgemeinerten Antisemitismus“ untermauert Terkessidis dadurch, dass er in jedem Verweis auf das tatsächlich weltweite Operieren des Dschihadismus eine Parallele zum Mythos der jüdischen Weltverschwörung entdecken will.

Wie sich diese Argumentationslinien mit denen islamischer Kreise decken, zeigt ein flüchtiger Blick auf einige islamische Internetseiten: Beim Zentralrat der Muslime<sup>11</sup> - einem Zusammenschluss mehrerer muslimischer Gruppierungen in Deutschland - zieht die Medienpädagogin Dr. Sabine Schiffer völlig unverhohlen die Parallele zwischen dem "Berliner Antisemitismusstreit von 1880", in dem der Antisemit Heinrich von Treitschke ("Die Juden sind unser Unglück") den schädlichen Einfluß der Juden auf die deutsche Nation geißelte, mit der aktuellen Diskussion um den Islamismus.<sup>12</sup> Auf der Internetseite

<sup>9</sup> Etienne Balibar: Der antisemitische Komplex. Eine selbstkritische Konzeption des Feindes: Zur Doppelgestalt von Judenhass und Araberhass, in: Frankfurter Rundschau vom 25. Juni 2002.

<sup>10</sup> Mark Terkessides: Die neue Form des Rassismus, in: *taz* vom 03.02.2004, S. 12.

<sup>11</sup> [www.islam.de](http://www.islam.de)

<sup>12</sup> Neben solch offensiver Opfergleichsetzung findet sich dort auch die sog. "Islamische Charta", in der eine

von Muslim-Markt<sup>13</sup> fühlt man sich gar gleich von einem offenen Krieg der „absoluten Mehrheit aller Politiker und Journalisten“ bedroht und rät all denjenigen, die nicht stark genug sind, das Land zu verlassen. Unverhohlen gerieren sich die Autoren als Opfer einer neuen Reichspogromnacht.

Doch man muss in diesem Feld weder Islamist sein noch bei Islamisten publizieren. Die Soziologin Stefanie Gräfe spricht in der Zeitschrift des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen aus, worauf das Konzept „Islamophobie“ hinaus will:

*„Die Abspaltung und Projektion des Eigenen auf den Anderen, die wiederum die Konstitution der eigenen Identität begründen, sind sowohl für antiislamistische wie auch für antisemitische Denkmodelle fundamental. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden auf diese Weise ‚die orientalischen Elemente in der okzidentalischen Kultur ausgemerzt [...]: Despotie geriet zur orientalischen Despotie, Fanatismus zum arabischen Fanatismus, Schicksals ergebenheit zur islamischen Schicksalsgläubigkeit. Aus dem Orient wurde der Nahe Osten. Fast gleichzeitig wurden in den europäischen Gesellschaften noch Reste der Antithese ausgemacht: die Juden. Zunächst orientalisiert, wurden sie als Träger der Negation Europas ausgemacht und in Deutschland schließlich systematisch vernichtet“.*<sup>14</sup>

Mit anderen Worten: die Juden wurden als Exponenten des Orients, sozusagen als Stellvertreter der Orientalen und Muslime ermordet. Der Antisemitismus wird hier zur Unterart des Antiislamismus. Dies sei vielleicht etwas verkürzt, räumt die Autorin in einer Anmerkung ein, aber in jedem Fall ist für sie auch der Antiislamismus eine „binäre Identitätslogik“, die „das ‚Potenzial‘ des Genozids einschließt“.

### 3. Der Triumph der Erinnerung

Ist solcher Art der Antisemitismus entsorgt, ist der Weg frei zur Legitimation des

---

"*grundsätzliche* Verpflichtung" auf die jeweilige in der Diaspora gültige Rechtsordnung aus der Scharia abgeleitet wird oder es wird eine Vereinbarkeit zwischen westlicher Menschenrechtserklärung und dem Koran auf den *Kernbestand* (*Hervorh. d. Verf.*) der Menschenrechte reduziert.

<sup>13</sup> www.muslimmarkt.de

<sup>14</sup> Gräfe: Im Westen ..., a.a.O. Etwas unheimlich ist Gräfe diese Passage schon, handelt es sich doch in Teilen um ein in ihrem Text nicht ausgewiesenes Zitat.

Dschihad als Verteidigungskrieg gegen einen neuen Holocaust. Als Lehre aus der Vernichtung der europäischen Juden letztlich die Legitimation für den heutigen Krieg gegen Israel zu ziehen, das ist der bislang größte und weltweit erfolgreichste Triumph deutscher Erinnerungspolitik. Die Stichworte kommen aus dem Land der Täter, wenn der Chef des Hamburger Orientinstituts Udo Steinbach palästinensische Selbstmordattentäter mit den Kämpfern des Aufstandes im Warschauer Ghetto gleichsetzt. Das deutsche Denken prägt mittlerweile die Realität internationaler Politik von Old Europe bis zur UN. Ein Ausdruck davon ist die Rede von den „Verzweiflungstaten“ der Dihadisten“, die in Europa mittlerweile Allgemeingut ist. Seitens der Islamisten versteht man diese Zeichen der Zeit und steigt selbst ein in das für die eigenen Zwecke bestens bestellte Feld der erinnerungspolitischen Debatten. Das Muslim Council of Britain, der größte britische islamische Dachverband, der 350 islamische Organisationen umfasst und gemeinhin als Vertretung der britischen Muslime fungiert, verweigerte seine Teilnahme am britischen Festakt zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz. In einem begründenden Brief an den britischen Außenminister heißt es, man müsse aus der Vergangenheit die Lehre des „Nie Wieder“ ziehen und den heutigen „Völkermord“ ins Zentrum des Gedenkens stellen. Und der heutige „Holocaust“ fände statt gegen die Muslime – in Bosnien, in Tschetschenien, in Kaschmir und natürlich gegen die Palästinenser.

Die deutsche Kunst, den Antisemitismus gerade in seiner Verurteilung zu befördern, wird inzwischen in den UN fast besser beherrscht als in Deutschland selbst. So verurteilte ein UN-Gremium im November 2004 in einer Resolution zwar ausdrücklich den Antisemitismus, was angesichts der jahrzehntelangen Obstruktionsbemühungen seitens islamischer Staaten als Erfolg gewertet wurde. Doch die Formulierung dieser Resolution macht deutlich, dass es sich bei der vermeintlich verstärkten internationalen Aufmerksamkeit bezüglich des Antisemitismus um einen Pyrrhussieg handelt: Die Resolution wandte sich gegen „religiöse Intoleranz“, zu der sie neben der Christianophobie, der Islamophobie eben auch Antisemitismus zählte. Mit der Subsumierung unter vermeintliche „religiöse Vorurteile“ bedient diese Resolution damit nicht nur das Interesse, den Antisemitismus angesichts einer weltweiten Intifada gegen Juden zu verleugnen. Mit der Weigerung, den Krieg gegen Israel und den virulenten Antizionismus als antisemitisch zu verurteilen, erteilt die UNO dem Dschihad samt seinen linken Unterstützern einen Freispruch. Die Resolution versteht sich ausdrücklich

als Ergänzung der Ergebnisse der Antirassismus-Konferenz in Durban, bei der sich das gedenkpolitische Credo der Völkergemeinschaft, jenes lapidare „Nie wieder Rassismus“ kraft Mehrheitsbeschluss gegen das als „Apartheidstaat“ denunzierte Israel wandte.

#### 4. Multikulturalismus als Legitimation der Barbarei

Wer davor warnt, man solle nicht alle Moslems in einen Topf werfen, meint damit selten, Einzelpersonen aus islamischen Ländern vor dem Zugriff des islamistischen Zwangskollektivs, etwa in Form von Communities und Familienclans, zu schützen. Im Gegenteil: Nicht das Individuum, sondern das Kollektiv soll verteidigt werden; jede Kritik wird abgewehrt und die Schandtaten - wo sie sich nicht verschweigen lassen - sollen durch "strukturelle" Gründe, und das heißt stets: durch Imperialismus, Zionismus und westliche Verlockung erklärt werden. So führt die Forderung, zwischen Islam und Fundamentalismus zu unterscheiden, zu nichts anderem, als von der Ideologie der Täter zu schweigen und den Fundamentalismus als Notwehr gegen den Westen zu rechtfertigen.

Demgegenüber beharrt die von Islamisten mit dem Tode bedrohte und von Multi-Kulti-Ideologen zum Störenfried erklärte Ayaan Hirsi Ali auf der Notwendigkeit der Verteidigung gerade des westlichen Prinzips der Universalität individueller Menschenrechte:

*„Eine multikulturelle Gesellschaft ist kein Ziel an sich. Wir müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um jener islamischen Erziehung und all den Organisationen entgegenzuwirken, die zur eigenen Absonderung führen und so zur Fortdauer einer hoffnungslosen Tyrannei über Frauen und Kinder beitragen.“<sup>15</sup>*

Von den alltäglichen und potentiellen Opfern - Frauen, Homosexuellen, Anhängern von Aufklärung und Liberalität und insbesondere Juden, Israelis und Amerikanern - wollen die Freunde der multikulturellen Gesellschaft nichts wissen. Bewußt vernachlässigen sie, so Hirsi Ali, „das Privatleben in den von ihnen verteidigten Kulturen“.

---

<sup>15</sup> Ayaan Hirsi Ali: Wir haben alle dieselben Rechte! Die Welt, 29.1.2005.

Diese Gleichgültigkeit gegenüber denen, die unter dem islamischen Alltag zu leiden haben ist es, die eine – manchmal noch immer unfreiwillige – Koalition schafft: Eine Koalition zwischen denen, die à la Scholl-Latour die „islamische Welt“ für eine schaurig-faszinierend barbarische halten qua Kultur und Natur und denen, die die islamischen Zustände als Ausdruck von „Differenz“ gar „Widerstand“ im grauen Kiezalltag verherrlichen. Auf Kosten der Abweichler vom islamischen Tugendterror und jener vielgeschmähten Assimilanten kochen beide ihr identitäres Süppchen – in trauter Eintracht mit den Tugendwächtern des Propheten. Rassist und islamophob soll jeder sein, der sich dem islamischen Zwangskollektiv als Vorbote dieser totalen Identität verweigert oder sie als solche kritisiert. Damit rechtfertigt der Vorwurf der Islamophobie in letzter Konsequenz den Krieg gegen Vermittlung, Zivilisation und Aufklärung, den Dschihad. Diesem steht das multikulturelle Deutschland keineswegs ablehnend, sondern abwartend und anerkennend gegenüber. Als kollektive Erscheinung wird der politische Islam gerade aufgrund seiner massenhaften Anhängerschaft, seines Fanatismus, seines Willens zur Selbstbehauptung und seiner Bereitschaft zum Selbstopfer gegen vermeintlich überlegene Mächte bewundert.